

03.09.2013 – 10:00 Uhr

Kennzahlenbericht Sozialhilfe: Fallanstieg um 2,5 Prozent, stabile Sozialhilfequote (ANHANG)

Bern (ots) -

Die Anzahl der Sozialhilfefälle ist in den dreizehn Städten des Kennzahlenberichts 2012 um 2,5 Prozent angestiegen. Weil gleichzeitig die Bevölkerung zunahm, blieb der Bevölkerungsanteil, der auf Sozialhilfe angewiesen ist, unverändert. Die Sozialhilfequote der Personen aus der Europäischen Union ist unterdurchschnittlich. Eine Herausforderung für die Sozialdienste ist die Zunahme von über 50-jährigen Sozialhilfebeziehenden.

2012 hat sich die Situation in Sozialhilfe insofern stabil entwickelt, als die Sozialhilfequote – der Anteil der Bevölkerung, der auf Sozialhilfe angewiesen ist – in fast allen Städten unverändert geblieben ist. Zwar ist die Anzahl der Sozialhilfefälle in den meisten Städten angestiegen, über alle Städte hinweg um insgesamt 2,5 Prozent. Weil gleichzeitig auch die Bevölkerung in derselben Grössenordnung gewachsen ist, schlägt sich das aber nicht in der Sozialhilfequote nieder.

Acht Städte – Basel, Lausanne, Luzern, St. Gallen, Schaffhausen, Schlieren, Winterthur, Zug – weisen ein deutliches Fallwachstum aus, drei – Bern, Biel und Uster – ein geringes. In Wädenswil und in Zürich sind die Fallzahlen gesunken. Unvermindert sind die grossen Unterschiede in der Höhe der Sozialhilfequote zwischen den einzelnen Städten. In Biel und in Lausanne ist sie mit 11,4 bzw. 10,3 Prozent am höchsten, in Uster und in Zug mit 1,3 bzw. 1,7 Prozent am tiefsten. Die Unterschiede lassen sich durch die Grösse, die Lage und das wirtschaftliche Umfeld erklären: Städte mit hoher Bevölkerungszahl und mit Zentrumsfunktion haben eine höhere Quote als kleinere Städte. Im Westen des Landes ist die Quote im Allgemeinen höher als im Osten. Grossen Einfluss auf die Sozialhilfequote haben zudem die Zusammensetzung der Bevölkerung, der lokale Arbeitsmarkt und der Branchenmix.

Tiefe Sozialhilfequote von Personen aus der EU

Die Sozialhilfequote der Personen aus der Europäischen Union ist in den meisten Städten signifikant tiefer als die Sozialhilfequote insgesamt. Im nach Bevölkerungszahl gewichteten Durchschnitt der dreizehn Städte liegt die Sozialhilfequote insgesamt bei 5,5 Prozent, die Sozialhilfequote der Personen aus der EU bei nur 3,7 Prozent, jene der Schweizerinnen und Schweizer bei 4,0 Prozent. Somit besteht kein Grund zum Alarmismus. Die Städte beobachten die Situation aber aufmerksam, damit geeignete Massnahmen ergriffen werden könnten, wenn sich die Situation verändert. Diese müssten aber nicht bei der Sozialhilfe ansetzen, die kaum Spielraum hat: Die Situation liegt in der Hand der Migrationsämter und der Arbeitgeberschaft.

Sozialhilfebeziehende ab 50 Jahren als sozialpolitische Herausforderung

Der Bericht widmet den Sozialhilfebeziehenden ab 50 Jahren ein Schwerpunktkapitel. Die Sozialhilfequote dieser Altersgruppe hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Der Grund für die Zunahme liegt darin, dass sowohl der Arbeitsmarkt als auch die Sozialversicherungen in ihren Zugangskriterien selektiver geworden sind. Deshalb ist die Anzahl der Personen, deren Existenz nur noch die Sozialhilfe sichern kann, grösser geworden.

Für die Sozialhilfe, die eigentlich auf eine temporäre Überbrückung in Notsituationen angelegt ist, stellt dies eine Herausforderung dar. Es stellt sich die politische Frage, ob sie für diese Personengruppe die richtige Institution ist oder ob nicht ein anderes sozialpolitisches Instrument die Existenzsicherung für diese Personengruppe übernehmen müsste. Die Sozialdienste müssen sich überlegen, wie sie ihre Prozesse – die auf Menschen in anderen Situationen ausgerichtet sind – für diese Altersklasse weiter anpassen können, etwa was Massnahmen zur arbeitsmarktlichen oder sozialen Integration betrifft. Auf der Hand liegt auch, dass die Existenzsicherung einer zunehmenden Anzahl von über 50-Jährigen bis zum Rentenalter durch die Sozialhilfe Kostenfolgen für die Haushalte der Städte hat.

Download des Berichts: www.staedteinitiative.ch > Kennzahlen > Kennzahlenbericht aktuell

Hintergrundinformation zur Städteinitiative Sozialpolitik

Die Städteinitiative Sozialpolitik vertritt die sozialpolitischen Interessen von rund 60 Schweizer Städten aus allen

Regionen und setzt sich für ein kohärentes System der sozialen Sicherung und eine gute Zusammenarbeit von Städten, Bund und Kantonen ein.

Kontakt:

Auskünfte zum Kennzahlenvergleich via Thomas Meier,
Kommunikationsverantwortlicher Städteinitiative Sozialpolitik
044 412 61 55
th.meier@zuerich.ch

Auskünfte zu den einzelnen Städten via Kontaktpersonen auf
beiliegender Liste

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100003533/100743171> abgerufen werden.